Signatur:	2025.SR.0072
Geschäftstyp:	Postulat
Erstunterzeichnende:	Judith Schenk (SP), Nadine Aebischer (SP), Barbara Keller (SP)
Mitunterzeichnende:	Muriel Graf, Tobias Sennhauser, Matteo Micieli, David Böhner, Nora Joos, Ronja Rennenkampff, Anna Jegher, Szabolcs Mihàlyi, Dominic Nellen, Helin Genis, Monique Iseli, Chandru Somasundaram, Dominique Hodel, Lukas Wegmüller, Laura Brechbühler, Dominik Fitze, Ingrid Kissling-Näf, Timur Akçasayar
Einreichedatum:	13. März 2025

Postulat: Gender-Budgeting: Analyse des Finanzhaushaltes zur Steuerung und Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter nutzen

Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

In einem Bericht den städtischen Finanzhaushalt mittels Gender-Budgeting zu analysieren und besonders die folgenden Punkte beachten:

1. Gestützt auf Art. 8 der Bundesverfassung, Art. 5 der Gemeindeordnung der Stadt Bern u.a., den Finanzhaushalt systematisch zu überprüfen, mit dem Ziel, die finanzielle Gleichstellung aller Geschlechter auszuweisen, zu fördern und bestehende Ungleichheiten gezielt abzubauen.
2. Dem Stadtrat jährlich zur Vorberatung der Beschlussfassung des Aufgaben- und Finanzplans sowie des Budgets einen Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen für eine geschlechtergerechte Mittelverteilung vorzulegen.
3. Die durch die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) gewonnenen Daten verwaltungsübergreifend als Grundlage für eine geschlechtergerechte Finanzpolitik zu nutzen und in die Entscheidungsprozesse einfliessen zu lassen.
4. Die Geschlechtergerechtigkeit der Ausgaben für Kinderbetreuung und Sozialhilfe separat auszuweisen.

Begründung

Bisher wurden der öffentliche Haushalt und die monetäre Verteilungspolitik der Stadt
Bern nicht auf ihre Geschlechtergerechtigkeit untersucht. Gender Budgeting[1] ist das finanzpolitische Instrumentarium der gleichstellungs-politischen Strategie des Gender Mainstreaming. Es ist ein wirkungsvolles Analyse- und Steuerungsinstrument, das Geschlechtergerechtigkeit einer öffentlichen Haushaltsführung bzw. -politik darstellt. Durch die Sichtbarmachung der Verteilung der Ressource Geld zwischen den Geschlechtern erhält die Stadt Bern Daten, Statistiken und Faktoren, um die gesetzlich vorgegebene Gleichstellung aller Geschlechter in jeglichen Bereichen weiter voranzutreiben und umzusetzen. Konkrete Ergebnisse durch Gender Budgeting zeigen sich beispielsweise in Andalusien, wo nach der Einführung des Gender Budgeting durch die spanische Regierung das Angebot für Kinderbetreuung erweitert wurde, wodurch wiederum die Erwerbstätigkeit von Frauen signifikant stieg. Die deutsche Stadt Freiburg hat ihr Bibliotheks-Sortiment erweitert, damit Buben mehr Bücher ausleihen[2]. Berlin hat als erstes deutsches Bundesland Gender-Budgeting eingeführt und prüft seither alle haushaltspolitischen Entscheidungen auf ihre geschlechterspezifischen Auswirkungen[3]. Barcelona hat gezielt

[1] https://www.oecd.org/en/topics/gender-budgeting.html

[2] https://www.beobachter.ch/geld/steuern/manner-profitieren-mehr-von-steuergeldern-als-frauen-wieso-787795

[3] https://www.berlin.de/sen/frauen/gleichstellung/gender-budgeting/?utm_source-chatgpt.com

Programme zur Förderung des Frauensports aufgelegt. Rund 200.000 € wurden für Projekte im Frauen-Leistungssport bereitgestellt, da Männer in vielen Vereinen nach wie vor bevorzugt werden, wenn es um hochklassige Wettkämpfe geht.[4]
Da Gender-Budgeting über klassische Wirtschaftspolitik hinausgeht, müssen neben finanziellen Ressourcen auch Faktoren wie Zeit, Alter und sozialer Status in die Analyse einbezogen werden. Altersarmut betrifft Frauen überproportional[5], ebenso wird unbezahlte Care-Arbeit überwiegend von Frauen geleistet[6]. Soeben weisen in den Medien die Fachpersonen des Berner Büros für Feminismus wieder darauf hin, dass Frauen bei gleicher Arbeit CHF 100 Milliarden pro Jahr weniger verdienen als Männer[7]. Aus diesen Gründen fordert die vorliegende Motion, dass insbesondere folgende Bereiche einer gesonderten geschlechtergerechten Analyse unterzogen, werden:
-Kinderbetreuung
-Sozialhilfe
Durch eine systematische Umsetzung des Gender-Budgetings kann die Stadt Bern sicherstellen, dass finanzielle Ressourcen gerecht verteilt werden und alle Geschlechter gleichberechtigt an öffentlichen Angeboten und Infrastruktur teilhaben können. Die gewonnenen Daten und Erkenntnisse sollen insbesondere auch in die Arbeit der Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen einfliessen und verarbeitet werden können. Wie wir ja wissen, sind Sozialhilfe und Kinderbetreuung Themen, in denen Frauen nach wie vor, wissenschaftlich belegt, strukturell benachteiligt sind. Sowie als Mehrwert erhalten wir mit dieser Trennung der Ausweisung nicht nur Zahlen zu den allgemeinen Ausgaben, sondern auch noch konkrete Zahlen zur Verteilung des Geldes zwischen den Geschlechtern hinsichtlich eben Sozialhilfe und Kinderbetreuung.

Antwort des Gemeinderats

Die Gleichstellung der Geschlechter stellt eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung dar, deren Umsetzung nicht nur ethische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Dimensionen umfasst. In diesem Kontext gewinnt das Instrument des Gender-Budgeting zunehmend an Bedeutung. Gender-Budgeting ist eine Methode, geschlechtsspezifische Unterschiede und Ungleichheiten in der Haushaltsgestaltung systematisch zu erfassen, zu analysieren und durch gezielte Massnahmen zu korrigieren.

Auf nationaler Ebene überprüft das Bundesamt für Sport BASPO das Budget für Jugend+Sport auf geschlechtsspezifische Unterschiede.[8] Ansonsten ist dem Gemeinderat derzeit kein systematisches Gender-Budgeting auf nationaler Ebene bekannt. Auf kantonalen oder städtischen Ebenen gab es in den letzten Jahren verschiedene Vorstösse dazu. Ein aktuelles Beispiel ist die Stadt Luzern. Diese liess einmalig auf Basis der Jahresrechnung 2022 eine Ausgabeninzidenzanalyse erstellen. Diese einmalige Analyse zeigte auf, dass im Gesamtergebnis über alle ausgewählten Funktionen hinweg kaum geschlechterspezifische Unterschiede bestehen. Es wurde daher entschieden, auf eine periodische Wiederholung der Auswertung zu verzichten, auch aufgrund der Kosten-Nutzen-Betrachtung.

Für den Gemeinderat ist klar, dass eine umfassende Analyse des Finanzhaushalts der Stadt Bern hinsichtlich Gendergleichstellung nur Sinn macht, wenn darauf basierend eine bedeutende Wirkung erzielt werden kann. Wie die Erfahrung der Stadt Luzern in der Thematik zeigt, bringt eine geschlechterspezifische Analyse des Einsatzes öffentlicher Mittel grosse methodische

[4] https://olympiccities.org/
[5] https://www.prosenectute.ch/de/fachwelt/publikationen/altersmonitor/altersarmut.html
[6] https://www.bern.ch/themen/gesundheit-alter-und-soziales/gleichstellung-in-geschlechterfragen/arbeit/care-arbeit
[7] https://www.derbund.ch/buero-fuer-feminismus-in-bern-will-die-care-arbeit-neu-ordanisieren-595406758396
[8] https://www.gleichstellung2030.ch/de/4.1.3.6

Herausforderungen mit sich. Dies betrifft beispielsweise die Abgrenzung auf alle Geschlechteridentitäten (nicht nur auf Mann und Frau) oder die Datenlage in einer Vielzahl von Kostenstellen, einnahmenseitig zum Beispiel die Ehepartnerbesteuerung. Auch beim sehr hohen Anteil der Stadt am Transferaufwand an Dritte gibt es nur beschränkte Möglichkeiten für eine geschlechterspezifische Zuteilung.

Der Gemeinderat geht davon aus, dass in der Stadt Bern analog zur Stadt Luzern keine grundsätzlichen Diskrepanzen bei der Zuordnung öffentlicher Mittel bezüglich Gendergerechtigkeit bestehen. Der hohe Aufwand einer umfassenden Analyse des Finanzhaushalts hinsichtlich Gendergerechtigkeit würde nach Auffassung des Gemeinderats gegenüber der zu erwartenden Wirkung in einem ungünstigen Verhältnis stehen. Dies insbesondere auch in Betrachtung der aktuell ohnehin herausfordernden finanziellen Situation und der beschränkten personellen Ressourcen.

Zu Punkt 1 und 2
Angesichts der methodischen Herausforderungen und des fraglichen Kosten-Nutzen-Verhältnisses erachtet es der Gemeinderat nicht als adäquat, standardmässig jährlich dem Stadtrat zur Vorberatung der Beschlussfassung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) einen Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen für eine geschlechtergerechte Mittelverteilung vorzulegen.

Zu Punkt 3 und 4
Der Gemeinderat ist gerne bereit, im Rahmen weiterer Abklärungen zu prüfen, wie weit aufgrund aktuell erhobener Datengrundlagen geschlechterspezifische Zahlen zur Mittelverwendung vorhanden sind und publiziert werden dürfen. Sollten sich damit potenzielle Handlungsfelder für eine gerechtere Verteilung aufzeigen, sollen entsprechende Massnahmen direkt im Rahmen der Budgetierung bei den zuständigen Dienststellen einfliessen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Punkt 1 und 2 würden weitergehende Analysen und Auswertungen durch externe Fachpersonen bedingen. Die externe Erstellung eines umfassenden Analyseberichts würde Kosten im sechsstelligen Bereich verursachen.

Punkt 3 und 4 können mit den bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen umgesetzt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 3 und 4 des Postulats erheblich zu erklären und Punkt 1 und 2 abzulehnen.

Bern, 3. September 2025

Der Gemeinderat